

**Kantonsrat**

*Parlamentsdienste*

*Rathaus / Barfüssergasse 24*

*4509 Solothurn*

*Telefon 032 627 20 79*

*Telefax 032 627 22 69*

*pd@sk.so.ch*

*www.parlament.so.ch*

K 102/2009 (VWD)

**Kleine Anfrage Amteifraktion Solothurn–Lebern FdP: Aufgabenreform zwischen Kanton und Gemeinden (06.05.2009)**

Wir bitten den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die heutige Situation von Aufgaben, die von Kanton und Gemeinden gemeinsam wahrgenommen und finanziert werden, wie zum Beispiel im Sozialwesen oder im Schulbereich?
2. Gibt es neben dem Sozial- und Schulwesen weitere Bereiche in welchen die Verantwortung oder die Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt ist und eine Reform angezeigt wäre?
3. Beabsichtigt der Regierungsrat eine grundlegende Aufgabenreform auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen? Bis wann kann mit einer solchen Vorlage gerechnet werden?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Chancen von Effizienzsteigerungen und damit von Kosteneinsparungen beim Vollzug, wenn Aufgaben im Rahmen einer Aufgabenreform klar einer staatlichen Ebene zugewiesen würden?
5. Könnte durch eine Änderung der Zuständigkeiten der direkte Finanzausgleich reduziert werden?

*Begründung (06.05.2009): schriftlich.*

Bei den Staatsaufgaben im Kanton Solothurn gibt es immer noch zahlreiche Aufgaben, bei denen die Finanzierung und Verantwortung für die Ausgestaltung nicht auf der gleichen politischen Ebene angesiedelt sind. So ist im Sozialbereich oder auch bei den Volksschulen die Zuständigkeit für den Leistungsumfang und die finanzielle Verantwortung häufig nicht auf derselben Ebene angesiedelt.

Diese Teilung von Verantwortung für die Leistung einerseits und für die finanzielle Verantwortung andererseits führt sehr häufig zu Lösungen, die weder die eine noch die andere politische Ebene zu befriedigen vermögen. Die administrativen Aufwände für solche Mischlösungen sind ebenfalls grösser.

Mischlösungen widersprechen dem Subsidiaritätsprinzip grundlegend. Eine periodische Überprüfung der sachgerechten Stufe, auf welcher ein politische Aufgabe gelöst wird, wäre zu begrüssen.

*Unterschriften:* 1. Peter Brügger, 2. Irene Froelicher, 3. Beat Käch, Yves Derendinger, Alexander Kohli, Hubert Bläsi. (6)